

Zu diesem Heft

Eine Zeitschrift zur politischen Bildung muss Brücken schlagen. Eine besteht darin, dass politische Bildung auf der einen Seite über aktuelle, punktuelle Geschehnisse informieren muss, auf der anderen Seite aber auch allgemeine, langfristige Entwicklungen zur Kenntnis bringen sollte. Diese Bandbreite von aktueller Berichterstattung bis hin zu grundsätzlicher Analyse wird gerade in diesem Heft sehr deutlich.

Dem Pol der aktuellen Berichterstattung fast zu nahe sind die Beiträge von *Eckard Jesse* (Das Wahljahr der großen Wende?) und von *Heiner Adamski* (Auflösung des Bundestages). Sie, die Leser kennen den Ausgang der Bundestagswahl bereits, den der Autor Jesse nur ahnen konnte. Seine Analyse der Vorgeschichte der Bundestagswahl dürfte für Ihre Interpretation des Wahlergebnisses gerade deshalb besonders interessant sein.

Heiner Adamski war in einer ähnlichen Situation, er musste über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes reflektieren, bevor sie getroffen war. Also bereitete er die grundsätzlichen Hintergründe für Sie auf. In letzter Minute vor Druckbeginn konnte er dann das Urteil und die mündliche Urteilsbegründung zur Kenntnis nehmen und kommentieren.

„Private-Equity“? „Hedge-Fonds“? Spätestens seit der Rede des SPD-Vorsitzenden Müntefering, dem zufolge diese Art von Unternehmen wie Heuschrecken über deutsche Unternehmen herfallen und sie kahlfressen, sind diese Begriffe in aller Munde. Aber mal ehrlich: Wer von uns weiß denn wirklich, was sie bedeuten? Wer weiß über die Tätigkeiten dieser Unternehmen Bescheid und ist nicht gezwungen, schon bald Kenntnisse durch Emotionen zu ersetzen? *Hans-Hermann Hartwich* informiert in seinem „Brennpunkt“ über das Für und Wider der Aktivitäten dieser ebenso finanzkräftigen wie heiß umstrittenen Fonds. Selbstverständlich lässt er die Leser über die politische Brisanz dieses stark angewachsenen globalen Kapitalverkehrs nicht im Unklaren.

Ähnlich aktuell und fast ebenso kontrovers beurteilt sind die „Ein-Euro-Jobs“. Für die Einen bedeuten sie soziale Integration und wirtschaftliche Absicherung von Langzeitarbeitslosen. Für die Anderen stellt diese Beschäftigungsform eine unzulässige Konkurrenz für Unternehmen und Einrichtungen dar und verhindert die Schaffung „normaler“ Beschäftigungsverhältnisse. Bevor man sich jedoch auf die Seite der Kritiker oder der Befürworter schlägt, sollten die Fakten bekannt sein. Diese vermittelt die „Aktuelle Information“ von *Günther Schmid* in übersichtlicher und kompakter Form.

„Fünfzehn Jahre deutsche Einheit: Ist die Demokratie in den neuen Ländern konsolidiert?“ nennt *Karsten Grabow* seinen „Fachaufsatz“. Immer wieder – nicht zuletzt im Zusammenhang mit hohen Stimmenanteilen für rechts- und linksextreme Parteien – kommen Bedenken auf, die Demokratie sei in Ostdeutschland bisher nur schwach verankert. Auf der Grundlage eines vierstufigen Konzepts klärt der Verfasser seinen Begriff von Demokratie und demokratischer Konsolidierung. Erst wenn auf allen vier Ebenen demokratisch verfahren wird, gilt ihm Demokratie als konsolidiert. Der Autor kommt zum Schluss, dass die Demokratie in den neuen Ländern noch längst nicht konsolidiert ist. Damit dies geschieht, „ist es notwendig, die materiellen Lebensgrundlagen bzw. -chancen auch auf längere Sicht herzustellen.“

Es gibt Themen, die gleichermaßen aktuell brisant sind und grundsätzliche Erwägungen erfordern. Dazu zählt sicher die Frage „Soll die Türkei ein Mitglied der EU werden?“ GWP hat sich dieser Fragestellung schon in zwei Fachaufsätzen angenommen (2003: 89-97 und 2005: 149-161). Der Beitrag zur „Didaktischen Praxis“ von *Andreas Dietz* stellt eine auf

zwei Einzelstunden angelegte Unterrichtsreihe zu diesem Thema vor. Die erste Stunde dient der methodischen und inhaltlichen Vorbereitung einer Podiumsdiskussion. In der zweiten Stunde diskutieren Schüler der 10. Klasse eines Gymnasiums.

Die „Aktuelle Information“ von *Petra Bendel* reicht mehr als 50 Jahre in die Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland zurück. Wie viel sich in dieser Zeit verändert hat, lässt sich am Wandel bundesdeutscher Organisationen ablesen, die in der Nachkriegszeit geschaffen wurden und sich dann immer neuen Aufgaben anpassten. 1953 wurde die Nürnberger „Bundesdienststelle für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ gegründet, 1965 in „Bundesamt...“ umbenannt. Heute heißt die Behörde „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“. Was dieser Namenswechsel nur andeutet, ist die Ausweitung der Aufgaben. Waren lange Zeit vornehmlich Asylanträge zu bearbeiten, so fächerten sich die Aufgaben immer mehr auf und erstrecken sich heute auf Sprach- und Landeskundekurse, Migrationsberatung, Entwicklung eines bundesweiten Integrationsprogramms, Migrationsforschung, Flüchtlingsschutz und Rückkehrförderung. Die Geschichte einer Dienststelle spiegelt so die Geschichte der Migration nach Deutschland.

Angeichts des anstehenden demographischen Wandels wird immer nachdrücklicher die Frage gestellt, ob wir auch in Zukunft Zuwanderung nach Deutschland brauchen, damit die Zahl der Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt und der Beitragszahler für Sozialversicherungen nicht zu sehr absinkt. „Zugleich stellt sich die Frage, wer zukünftig Hilfe und Pflege für die rasch wachsende Zahl alter und gebrechlicher Menschen leisten wird“ (Münz 2001: 4). „Brauchen wir Zuwanderung“ fragt also *Jan Jugl* in seinem Beitrag „Kontrovers dokumentiert“. Klar wird, dass Zuwanderung nach Deutschland Tradition hat und viel zu unserem Wohlstand beigetragen hat. Klar wird aber auch, dass die Meinungen derzeit drastisch auseinander gehen, ob und ggf. wie viel Zuwanderung in den nächsten Jahrzehnten nötig werden wird. Klar ist für den Verfasser schließlich, dass wir weiterhin Zuwanderung brauchen, allerdings keine „Gastarbeiter“ mehr, sondern hier gut auszubildende oder bereits gut ausgebildete Zuwanderer.

Zu den Beiträgen mit sehr grundsätzlich und langfristig wichtigem Inhalt zählt auch der „Fachaufsatz“ von *Gerhard Altmann*, der uns über die „Good Governance-Konzeption von Weltbank, IWF und OECD“ informiert. Wie wichtig dieses Thema ist, wird spätestens dann deutlich, wenn man sich zweierlei vor Augen führt: Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind die bedeutendsten Geldgeberinstitutionen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik. Und: „Good Governance“ (eine transparente, berechenbare Politik; eine professionelle, politikgelenkte Bürokratie; eine starke Zivilgesellschaft) ist mittlerweile zur wichtigsten Leitlinie ihrer Entwicklungspolitik avanciert. Die Herstellung jener Good Governance in Entwicklungsländern ist heute Ziel und Mittel von Entwicklungspolitik. Was darunter von den großen Gebereinrichtungen verstanden wird, wie es zu dieser Konzeption kam und wie sie angewendet wird, darum geht es in diesem Beitrag.

In der Öffentlichkeit ist der Eindruck verbreitet „Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer“. Die beiden Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung belegten, dass dieser Eindruck in Deutschland seit einiger Zeit zutrifft. Die „Analyse“ von *Stefan Hradil* fragt danach, inwieweit auch in anderen Ländern eine Verschärfung der Einkommensungleichheit zu beobachten ist und warum dies ggf. so ist. Es ergibt sich, dass nach jahrzehntelanger Angleichung heute in fast allen entwickelten Ländern die Schere der Einkommen auseinander geht. Die Ursachen bestehen in der technologischen Entwicklung, der Globalisierung, der Reduzierung sozialstaatlicher Maßnahmen und der Alterung der Bevölkerungen. Wer etwas dagegen tun will, sollte der „Analyse“ zu Folge in der Ursachenkette früh ansetzen, mehr (Aus-)Bildung hervorbringen und so schon auf dem Arbeitsmarkt weniger Ungleichheit erzeugen.

Die Herausgeber